

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Chief-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Stund und Betrag von Rudolf Wolff in Berlin.

Ein Attentat auf Erzberger.

Erzberger durch einen Revolvererschuss verwundet.

Auf den Reichsfinanzminister Erzberger wurde heute beim Verlassen des Kriminalgerichts von einem 21-jährigen Unteroffizier (Führer) ein Revolverattentat verübt. Erzberger erhielt einen Schuss in die Brust, als er sein Automobil besteigen wollte, und

wurde von seinen Begleitern sofort mit dem Auto zur Unfallklinik gebracht. Der Täter wurde verhaftet. Er gibt aber seine Motive an, daß Deutschland von Erzberger befreit werden müsse.

Wie wir noch erfahren, gibt das Befinden Erzbergers, der in seine Wohnung gebracht wurde, nicht zu Besorgnissen Anlaß.

Der Kampf um die Sechsstundenschicht.

Der Beschluß des Bergarbeiterverbandes.

Für die Sechsstundenschicht. — Ablehnung eines Streiks als Zwangsmittel.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)
O. Bochum, 26. Januar.

In der heutigen Sitzung der außerordentlichen Hauptversammlung des alten Bergarbeiterverbandes wurde die Debatte über die Schichtzeitfrage geschlossen, nachdem zehn Redner aus dem Erz- und Kalibergbau und elf aus dem Ruhrrevier zu Worte gekommen waren. Der Vertreter der Opposition erhielt das Schlusswort. Er betonte, daß das Verlangen nach der Sechsstundenschicht im Ruhrgebiet ganz allgemein sei. Die Sechsstundenschicht sei durch Kampf erzwungen worden, jetzt müsse man zur Sechsstundenschicht kommen, deren Einführung am 1. Februar, 1920 von allen Organisationen ohne Unterschied nun schon seit einem Jahre verlangt worden sei. Von dem guten Willen der Unternehmer könne man sich nicht viel versprechen. Den notleidenden Arbeitergruppen der anderen Bezirke gab Nusmann den Rat, sich nicht an die Vergleiche, sondern an die Regierung zu wenden. Den Schlussantrag des Vorstandes bezeichnet er als Rippenbetriebsmittel. Was die Vergleiche verlangen, sei die sofortige Einführung der Sechsstundenschicht, nicht ihre bloße grundsätzliche Anerkennung. Redner schloß mit der Versicherung, daß die Opposition von ihrer Stellungnahme in der Schichtzeitfrage nicht abgehen werde. Nur durch entschlossene Verfechtung ihrer Forderungen könne sich die Arbeiterklasse befreien. Eine Heile in seinem Schlusswort die Reberentscheidung zwischen Mehrheit und Opposition in der grundsätzlichen Frage sei. Nur über den Zeitpunkt der Durchföhrung gingen die Meinungen auseinander. Unabreitbar stehe fest, daß die sofortige Einführung des Sechsstundentages die größten Gefahren für die Volkswirtschaft in sich birgt. Besonders verwerflich sei, daß man die Schichtzeitfrage in die Area des politischen Kampfes gedrückt habe. Durch die parteipolitische Ausbeutung rein produktiv technischer Fragen sei in der Öffentlichkeit der falsche Eindruck erweckt worden, als würden die Bergarbeiter der Geltung unserer Verhältnisse entgegenarbeiten. Eine häßliche internationale Regelung der Schichtzeitfrage für unumgänglich, weil

die Entente die geföhrliche Einführung der Sechsstundenschicht nur in Deutschland einisch nicht zulasse und dagegen mit Zwangsmitteln einschreiten werde. Es wäre deshalb geradezu verhängnisvoll, heute die Bergarbeiter in einen Sammel hineinzuwerfen mit Verpöhrungen, die erst erfüllt werden können, wenn unter Wirtschaftslieben wieder in Ordnung ist. Der Redner schloß mit der Aufforderung, das Wohl der Volksgemeinschaft über alles zu stellen. Reber die Zulässigkeit eines nach Anhörs des Vorstandes zu spät eingereichten neuen Vermittlungsvorschlages entspann sich eine heftige Geschäftsordnungsdebatte, in deren Verlauf der Verbandsvorsitzende erklärte, daß man ihm hinterbracht habe, daß beschlössig sei, die für heute nachmittags erwartete Abstimmung von draußen her zu beeinflussen. (Großer Lärm bei der Opposition.)

Bei der Einzelabstimmung sprach sich die Generalversammlung für die Verfassung der regelmäßigen unterirdischen Arbeitzeit bis auf sechs Stunden aus. In namentlicher Abstimmung wurde die Erzwingung der Arbeitserweiterung mit 182 gegen 36 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Auf Schacht 4 und 5 der Zeche Konstantin der Große nahm die Belegschaft einstimmig eine Resolution für die internationale Regelung der Schichtzeitfrage an. Sie lehnte ebenso einstimmig eine andere Resolution auf sofortige Einführung der Sechsstundenschicht ab 1. Februar ab.

Die Entente gegen „die Volkswirtschaft“ in Deutschland.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)
O. Essen, 26. Januar.

Wie das Bureau Schumann erfährt, hat die Entente die Erklärung abgegeben, daß sie weitere Lebensmittelforderungen nach Deutschland unterbinden werde, wenn die Volkswirtschaft nicht aufhöre. Sendungen, die bereits unterwegs waren, sind angehalten worden. (Wir müssen dem Korrespondenzbureau die Verantwortung für diese Nachricht überlassen. D. Red.)

In Warschau.

Mit dem Ententezug. — Die großen Wandlungen der neuen Zeit. — Die Front im Osten. — Schieber. Die deutschen Heldegräber.

Von unserem nach Polen entsandten Sonder-Berichterstatter
Dr. Leo Lederer.

1. Warschau, 24. Januar.

Mit der Pünktlichkeit eines gewissenhaften Orient-Expres rollt der Paris-Wien-Warschauer Ententezug in die weite Bahnhofshalle. In einer Nacht und einem halben Tag haben wir die fünfjährige Grenzkontrolle Deutsch-Österreichs, der Tschechoslowakei und Polens passiert, die Straß-Bien-Warschau zurückgelegt. Keine aufregende, aber für die Kohlennot dieser Kriegszeit immerhin befriedigende Leistung. Englische Offiziere, italienische Schieber, amerikanische Missionarmitglieber, elegante Französinen entleeren den luxuriösen Wagen des Ententezuges, während in den Lichtlofen, mühsam zusammengeschleppten Anhängern des Deutsch-Österreichs und der Tschechoslowakei die Angehörigen der besiegten und befreiten Völkern nach dem Ausgange drängen. Die vielen von ihnen vertrieben schon die Valutaunterschiede die Benutzung der eigentlichen Ententezüge, in denen ein Schlafplatz 1000, ein Mittagessen 300, eine Flasche Wein 250 Kronen kostet. So führen wirtschaftliche Notwendigkeiten die getrennten Völkern Österreichs wieder zusammen.

In einer Drohke von bemerkenswerter Schärfe habe ich meinen Einzug in die Stadt. Mit ihren reichen Palästen und ihren schönen Gärten bietet sie noch immer jenes interessante Bild, das so vielen Deutschen in den Jahren des Krieges und der Besetzung bekannt geworden ist. Aber das Straßensbild zeigt deutlich die großen Wandlungen der neuen Zeit. Die Equipagen des Adels und die russischen Gespanne des zerrissenen Rußlands sind schon im Abgange des Weltkrieges verschwunden. Aber auch seit dem gescheiterten Abzug der deutschen Truppen im November 1918 hat das Leben Warschaws tiefreichende Veränderungen erfahren. Der Demokratisierung der obersten Gewalten ist sehr rasch die Demokratisierung der polnischen Gesellschaft gefolgt. Bewegt, in unablässigem Wechsel fließt der Strom der Menschen durch die breiten Straßen der inneren Bezirke. Aber er gleicht nicht mehr jenem glänzenden Gewässer, das in den Zeiten des zarischen Rußlands dessen Tiefen und Abgründe verdeckte. In keiner glanzvollen Stüt münden sich heute die Elemente, die das Sturmjahr 1919 vollends aus der Tiefe an die Oberfläche gerissen hat. Bauern und Arbeiter, Kleinbürger und Juden geben heute auch jenen Vierteln das Gepräge, von denen sie einst die Scheu vor der regierenden Klasse ferngehalten hat. Die braunen Sukkote der Bauern, die Pelzröcke der Bürger, die schwarzen Kaktane der Juden mischen sich zu einem einkörnigen Grau. Und nur die silbernen Treppen der polnischen Offiziere, die weißen Mägen der Studenten, die blauen Mäntel der polnischen Frauenkompanien werfen helle Lichter über die dunkle Masse.

Dabei leidet Warschau unter einer Menschenflut, wie sie kaum eine zweite Stadt Europas kennt. Die Zahl seiner Bewohner ist von kaum einer Million zur Zeit der deutschen Besetzung auf 1.800.000 gestiegen. Alles, was der Normarsch der Roten Armeen aus Sowjetrußland und der Ukraine vertrieben hat, ist in der Hauptstadt Polens zusammengedröht. Die Besatzungen der polnischen Regierung und der Warschauer Munizipalverwaltung, an deren Spitze noch immer der Stadtpräsident Drzewiecki steht, diesen Aufstrom wieder nach dem Osten zurückzuführen, sind ohne größeren Erfolg geblieben. Und wie überall so haben auch hier die Generale und Kommissionen der Alliierten die vornehmsten Hotels, die schönsten Zimmer mit Beschlag belegt.

Schon an diesem Ueberfluß amerikanischer Generale und französischer Stabsoffiziere kann man erkennen, daß man sich der Front im Osten nähert, daß man sich in einem noch immer Krieg führenden Land befindet. Im Schloß an Sachsenplatz, wo früher der Generalstab des deutschen Generalgouvernements Warschau sein Lager aufgeschlagen, sitzt jetzt der Generalstab der polnischen Armeen. Und von dort laufen die Drähte hinaus zur wehrwirtschaftlichen Stützpunkt und zur wolkhinnischen Front Petljura's. Seiten und Stauer von hier und herabdehnt über ein Bündnis. Die ganze Randstaatenpolitik, die einst der deutsche Generalstab erunden hat, befindet sich in neuem Aufschwung. Und jenen Abend besänftlicher die Plätter des Communismus des stillverbreitenden Generalstabes Kainiki; über die Kämpfe des Zaars, ohne daß im übrigen diese Mitteilungen ein behäffteres Interesse bei den Lesern erregen, obwohl einem hier sofort neben der lokalen Betrachtung des bolschewistischen Problems das nationale entgegentritt. Weit größere Aufmerksamkeit finden die Nachrichten aus dem Westen, wo General Haller eben die Besetzung der abgetretenen Gebiete durchzuführen hat. Aber auch dieses Ereignis ist, wenn man von der Proklamtion des Stabschefs Pilsudski und den Spezialberichten der Plätter absteht, in den Sorgen des täglichen Lebens ohne größere öffentliche Kundgebungen vorübergegangen.

Denn auch Warschau und der polnische Staat leiden sichtlich unter jenen Uebel, die sonst die Welt bedröhen. Der Anblö von Butter, Fleisch und Brot in offenen Geschäften ist geachtet, den darbedenden Mitleidensphöphen vorübergehend zu verschaffen. Wer man merkt sehr rasch, daß das alles nicht in großen Mengen vorhanden und für die Masse der Bevölkerung jedenfalls unerreichbar ist. Brot, Mehl, Zucker, Fleisch und Kohle werden auch hier auf Karren abgegeben, um

Thorn unter polnischer Herrschaft.

Das Geschäftsleben. — Wirkung der polnischen Valuta. — Loyalitätserklärungen der Regierung.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)
Q. Thorn, 26. Januar.

Eine Mode lang steht Thorn unter polnischer Regierung und die hochgehenden Wagen der polnischen Begeisterung beginnen sich zu glätten. Das Straßensbild hatte sich in den ersten Tagen der neuen Herrschaft völlig geändert. Der Zutritt von außerhalb war zu den Eingangsätzen außerordentlich stark. Auf vielen Wegen waren auch aus der weiteren Umgebung polnische Bewohner zu den Festlichkeiten herbeigeeilt, und polnische Gutsbesitzer hatten Weitergaben ihren Arbeitern zu Massenbesuchen zur Verfügung gestellt. Je mehr die Ausschmückungsarbeiten fortschritten, desto mehr hielten sich die deutschen Bewohner von den Straßen fern, und so hörte man denn zuletzt fast ausschließlich die polnische Sprache. Nachdem die Fremden aber Thorn wieder verlassen haben und die meisten Truppen weiter marschiert sind, hat das Straßensbild fast ganz seine frühere Gestalt angenommen. Erhebliche Neuerungen hat das neue Regiment bisher nicht gebracht. Nur die schon vorher angekündigte, von amtlicher Stelle erlassene Gleichwertigkeitserklärung der polnischen Markt mit der deutschen beginnt, unangenehme Wirkungen auszuüben. Verschiedene Geschäfte haben um den entsetzenden Verlust wegzumachen, die Preise für ihre Waren entsprechend erhöht. Andere haben kurzerhand ihre Geschäfte geschlossen. Welche unheilvollen Wirkungen diese Valutafolge hinsichtlich der Pacht- und Mietverträge, der Zinsen- und Kapitalzahlungen nach auslösen wird, ist noch gar nicht abzusehen. Einmalen leidet der geschäftliche Verkehr sehr unter dem vollständigen Mangel polnischer Kleingeldes.

Einen sehr unheilvollen Einfluss scheinen die neuen Verhältnisse auf das Theater auszuüben. Der Besuch der Vorstellungen ist in letzter Zeit so schlecht geworden, daß zu beschränkt steht, das Theater wird geschlossen werden müssen.

Bei der Hebergabe der Stadt Thorn erklärte der polnische Oberst Strzemiński, daß das Regierungshaupt und der Oberbefehlshaber zusammen mit den ganzen polnischen Volk auf dem Standpunkt aufrichtiger und wahrhaftiger Loyalität gegenüber

allen Bürgern des polnischen Staates ohne Unterschied des Standes und der Nationalität stehen. Er sei überzeugt, daß es der Würdigkeit der dem lokalen kulturellen polnischen Staate untertan stehenden Deutschen in Polen nicht schämmer ergehen werde als seinen Landsleuten, die Untertanen des kulturellen Deutschen Reiches verbleiben. Keinem Bürger des polnischen Staates deutscher Nationalität werde ein Unrecht zugefügt werden, das garantiere etc.

In einem Aufruf der Regierung der Republik Polen an die Bürger der abgetretenen Gebiete wird gesagt:
„Polen wird niemand knechten. Die Republik Polen wünscht, eingebend ihrer Lieberleistungen und ihrer Duldsamkeit, in allen Bewohnern dieser Länder, die sie jetzt übernimmt, ohne Rücksicht auf Nationalität und Glaubensbekenntnis, gute und zutriebene polnische Staatsbürger zu sehen. Indem sie vollkommenen Schutz des Lebens und des Besitzes und Ausdauerhaltung der Ruhe und Ordnung zusichert, verlangt sie gleichzeitig unbedingte Erfüllung aller staatsbürgerlichen Pflichten und Gehorham gegenüber den Gelehen und den Verordnungen der Behörden. Polen wünscht für alle seine Bürger eine gute und gerechte Mutter zu sein und wird jede Unternehmung gegen ihre Sicherheit streng bestrafen, jede Unterföhrung in Ausübung ihrer Regierungsgewalt gerecht bestrafen.“

Und der Wojewode von Posenen der L. Satze offi schließt eine öffentliche Ansprache an die Deutschen folgendermaßen:
„Gut aber, Mitbürger deutscher Abstammung, welche ihr mit Zweck und Ungewißheit in die Zukunft blickt, kann ich die Versicherung geben, daß wir euch nicht sah und Mache, sondern Frieden entgegenbringen. Wir sind die Vollzieher des Friedensvertrages, der auch durch eure Beachtung unerschrieben wurde. Wir werden bestraf sein, mit euch gemeinsam zu arbeiten zum Wohle des Landes, dessen Bürger ihr seid. Wir verlangen jedoch ausdrücklich ein lokales Benehmen, eines Mitarbeit, eine Ablehnung alles dessen, was den Frieden lören und Sader verurlichen könnte. Ihr habt gleiches Recht, aber gleiche Pflichten erwarten euch. Zeigt uns euren guten Willen, wie wir euch den unteren weiten.“

Die Besetzung der Geschäftsträgerposten.

Madrid.

Ein Berliner Blatt meldet, daß an Stelle des Dr. Rosen nunmehr der Gesandte Graf Alfred Oberdorff nach Madrid gehen solle. Die Meldung ist nicht zutreffend. Bisher ist in der Madrider Frage auch noch keinerlei Beschluß gefaßt worden.